

DIE

PLATYPUS REVIEW

- deutschsprachige Ausgabe -



EINE ZUKUNFT DER MENSCHHEIT „NUR VON UNTEN HER“

Ein Gespräch mit Karl Wimmeler über sein im Herbst 2022 erschienenenes Buch Kein Spiel. Als österreichischer Linker in den 1970er-Jahren

Andreas Wintersperger

PRÄFIGURATIVE POLITIK UND DIE LINKE

J. A. Koster

25

Ausgabe #25 | Mai/Juni 2023

EINE ZUKUNFT DER MENSCHHEIT „NUR VON UNTEN HER“

Ein Gespräch mit Karl Wimpler über sein im Herbst 2022 erschienenes Buch Kein Spiel. Als österreichischer Linker in den 1970er-Jahren

von **Andreas Wintersperger**

Karl Wimpler, Jahrgang 1953, aufgewachsen in Liezen (Steiermark), studierte Germanistik und Geschichte und war in den 1970er-Jahren in linken Organisationen tätig. Er lebt in Graz als freier Autor und Mitarbeiter von CLIO (Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit). Das Interview wurde von Platypus-Mitglied Andreas Wintersperger am 12.11.2022 geführt. Es folgt eine gekürzte und editierte Version des Gesprächs

ANDREAS WINTERSPERGER: *In Ihrem kürzlich erschienen Buch Kein Spiel. Als österreichischer Linker in den 1970er-Jahren schreiben Sie, dass Sie sich 1972 – also mit 19 Jahren – an der Entstehung der Marxistischen Studentenorganisation (MSO) in Graz beteiligt haben. Was war die MSO und welche politischen Gründe haben Sie dazu bewogen, an ihrer Entstehung mitzuarbeiten?*

KARL WIMPLER: Die MSO war zu dem Zeitpunkt, als ich ihr Mitglied wurde, ein noch sehr diffuser Verein von Studenten und Studentinnen. Diese haben entweder mit der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) gebrochen oder kamen aus konträren linken Bestrebungen und haben sich damals mit Texten von Marx, Engels, Lenin – aber hauptsächlich Marx – beschäftigt. Zugleich gerieten wir auch bald in Opposition zur KPÖ aufgrund ihrer Haltung zur Sowjetunion. Der Glaube der KPÖ an die Sowjetunion wurde einfach nicht mehr hingenommen, insbesondere von den neu dazugestoßenen, aber auch von den arrivierteren Studenten. Ich glaube, das war der Hauptgrund. Man will sich mit der Sowjetunion nicht mehr und in keiner Weise identifizieren.

Was waren die politischen Gründe, die Sie dazu bewogen haben, an der Entstehung der Organisation mitzuwirken und sich zu beteiligen?

Ich wurde schon als Schüler links sozialisiert, und zwar sowohl antinazistisch als auch antiimperialistisch, das

heißt, durch Aktivitäten gegen den Vietnamkrieg wie auch durch die in meinem Buch beschriebenen Aktivitäten gegen die neonazistische Partei. Die erste von uns organisierte Anti-Vietnamkriegs-Demonstration fand im Jänner 1973 in Graz statt. Wir waren alle sehr stolz darauf, da an die 300 Leute kamen und es somit die damals größte Demonstration in Graz und der unmittelbaren Umgebung war. Eine Demonstration war damals überhaupt etwas Ungehöriges, was nicht nur für linke Demonstrationen galt. 1970 oder 1971 gab es eine Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen der öffentlichen Verkehrsbetriebe, an der der spätere Kulturstadtrat der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Helmut Strobl, wesentlich beteiligt war und mit Linken gemeinsam verhaftet wurde.

Die Sozialisierung durch meine antinazistischen und antiimperialistischen Aktivitäten war also sicher der Hauptgrund, mich an der Entstehung der MSO zu beteiligen. Ein dritter Grund war der Widerstand gegen eine gewisse reaktionäre Grundstimmung. Gerade auf kulturellem Gebiet war es sehr leicht, die dominierende Gesellschaft, die dominierende Oberklasse zu irritieren, zu provozieren und zu verunsichern. Diese Mischung war auch ein Grund, warum man sich oppositionell orientieren wollte.

Was war die grundsätzliche Zielsetzung der MSO?

Die Zielsetzung war anfangs etwas diffus. Zunächst beschäftigt man sich als Studentenorganisation natürlich mit studentischen Dingen: Das war damals die Studienrechtsreform. Gleichzeitig ging es aber auch sofort um die Relevanz von internationalen Themen. In Graz waren damals erstens viele, die vor dem iranischen Schah-Regime geflüchtet sind und zweitens viele Griechen, die aufgrund der 1967 errichteten Diktatur nach Graz zum Studium gekommen sind. Diese Leute waren natürlich links und haben daher das ganze Spektrum der Linken erweitert, wurden aber auch teilweise von ausländerfeindlichen Kampagnen wegen ihrer politischen Haltung als Gegner der westlichen „Freunde“ des österreichischen Staates diffamiert. Das war dann zugleich eine Klammer, die uns mit ihnen verbunden hat. Die Geflüchteten waren natürlich bei den Protesten gegen den Vietnamkrieg dabei, weil sie gewusst haben, worum es geht.

Auf Hochschulboden, insbesondere an der philosophischen Fakultät, ist zu berücksichtigen, dass der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS)¹ noch sehr stark war. Daher haben sich unsere Hochschulaktivitäten anfangs sehr stark mit ihnen beschäftigen müssen, da sie in allen Gremien waren und diese teilweise dominiert haben. In der Auseinandersetzung mit den Rechten, teilweise auch Faschisten, die sich mit den Burschenschaften vermischt haben, hat sich aber eben auch etwas geklärt, nämlich die Frage: Wer ist auf deren Seite und wer aufseiten der Progressiven? Hier ging es noch nicht um Marxismus, Kommunismus oder Sozialismus, sondern einfach um eine vernünftige Grundhaltung. Ich möchte das jetzt auch

nicht idealisieren, aber wer 1972/73 noch nicht gewusst hat, was in Vietnam passiert, der war etwas spät dran, und das waren damals viele in Graz, nicht nur die vom RFS, sondern darüber hinaus auch die ganze konservative Clique.

In Ihrem Buch schreiben Sie: „Heute wird oft übersehen, dass die Abgrenzung der aus der sogenannten Neuen Linken entstandenen Organisationen von den Parteien der Sozialdemokraten und Kommunisten, aber auch untereinander, mit dem faktischen Verschwinden einer revolutionären Arbeiterbewegung zusammenhing. Die SPÖ hatte ihre rigiden Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Regeln, die gemeinsame Aktionen mit den ‚Kommunisten‘ welcher Art auch immer verboten, wie auch die KPÖ sich rigoros gegen sämtliche Gruppierungen abschottete, die auch nur die leiseste Kritik an der Sowjetunion und ihrer Politik äußerten oder zuließen.“² Sie beschreiben somit auch die politische Ausgangsposition der MSO. In welchem Verhältnis stehen diese von Ihnen beschriebenen politischen Ausgangsbedingungen der MSO zu deren Ausrichtung am Maoismus und an der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh)? Welche Rolle hat das „faktische Verschwinden einer revolutionären Arbeiterbewegung“ für die Orientierung an der Chinesischen Revolution oder der Kulturrevolution gespielt?

Uns – oder mir – war damals nicht bewusst, dass es eine andere, eine revolutionäre Arbeiterbewegung gegeben hat und daher wusste ich auch nicht wirklich, worin der Verlust besteht. Trotzdem wurde sichtbar, dass die Arbeiterbewegung praktisch nicht mehr existiert. Die Arbeiter waren zum großen Teil von der SPÖ unter dem sozialpartnerschaftlichen Motto “Wir schaffen das für euch, wenn ihr uns wählt, wenn ihr gut zu uns seid, wenn ihr unsere Positionen akzeptiert” organisiert, während die KPÖ in dieser Hinsicht weitestgehend marginalisiert war. Sie spielte zwar in verschiedenen Betrieben noch eine Rolle, was man damals als Student aber kaum bemerkt hat. Trotzdem kann man die Rolle, die die KPÖ in verschiedenen Betriebsräten gespielt hat, durchaus anerkennen. Im Gesellschaftlichen aber hat sie keine Rolle gespielt, abgesehen davon, dass sie durch ihre Positionen zu den Vorfällen in Ungarn und der Tschechoslowakei sowie durch ihre eigenen Spaltungen desavouiert war. Nach 1968 ist ein Drittel der Partei weggefallen und das, was übergeblieben ist, war ideologisch schwach. Wir mussten also zunächst versuchen, ganz grundsätzliche Fragen zu klären: Was war überhaupt Marxismus? Was war überhaupt Leninismus? Was war überhaupt die Russische Revolution? Wir haben John Reeds *Zehn Tage, die die Welt erschütterten* gelesen. Das heißt, wir haben nicht nur Marx, sondern auch gefühlsmäßig Aufbauendes, wie etwa verschiedene Romane und Erzählungen, gelesen.

Zur Orientierung an China: Es ging uns nicht um Slogans wie „Es lebe die KPCh“, sondern zunächst einmal um die Dritte Welt. Der Fokus lag auf der Frage, welche Möglichkeit es denn in den ehemaligen und immer noch



Aufständische Rotgardisten marschieren in Shanghai, 1967

kolonial regierten Ländern gäbe. Woran könnten *die* sich orientieren? Aus dieser Perspektive – also nicht für uns, sondern etwa für Algerien, den Kongo und Simbabwe – war die Orientierung an China wichtig. Da kümmert man sich natürlich noch nicht um irgendwelche zwielichtigen Angelegenheiten, sondern verfolgt zunächst einmal das, was sich dort tut und welche Möglichkeiten China für arme Länder anzubieten hat. Hinzugekommen ist, dass die Chinesen damals, wegen der Kulturrevolution, sehr aktiv waren als Verbreiter der Weltrevolution. Ich war ein einziges Mal – ich schätze ungefähr 1974 – in der chinesischen Botschaft in Wien auf einen Tee. Man ist dort ohne Weiteres hineingekommen als x-beliebiger österreichischer Staatsbürger. Man hat sich dort einfach hinbegeben können und ist freundlich empfangen worden. Gleichzeitig hat es dort auch Literatur gegeben: Marx-, Engels-, Lenin- und Mao-Ausgaben.

Ein anderer Aspekt der Orientierung an China hatte damit zu tun, dass wir nach Deutschland geschaut haben, welche Entwicklungen es dort gab. Nachdem Deutschland einfach größer war und mehr ökonomische Möglichkeiten hatte als Österreich, hatten auch die deutschen Linken eine andere Ausstrahlung. Eine dieser Entwicklungen in Deutschland, die wir beobachtet hatten, war die aus ähnlichen Ansatzpunkten wie bei uns entstehenden Organisationen, die man später dann immer als „K-Gruppen“ bezeichnet hat. Man darf auch nicht vergessen, dass das kleine, aber doch berühmte Standardwerk von Peter Gäng und Jürgen Horlemann über Vietnam,³ erschienen bei Suhrkamp – das erste fundierte „West“-Buch über Vietnam – in der ganzen Linken durchgereicht wurde. Einer dieser beiden Autoren, Horlemann, war dann Mitgründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (Aufbauorganisation) in Berlin, also der maoistischen Kommunistischen Partei Deutschlands. So haben sich andere dann eben auch in diese Richtung entwickelt beziehungsweise sich im Weltmaßstab für China und gegen die Sowjetunion positioniert. Aus

meiner Sicht ist es außerdem sehr wichtig festzuhalten, dass es damals ungleich mehr Befreiungsbewegungen in verschiedenen neokolonialen Ländern als heute gab, die alle links oder national-links ausgerichtet waren. Das hat eben auch auf Länder wie Österreich, Deutschland oder Frankreich ausgestrahlt.

Was konnte man von der Chinesischen Revolution für den Kampf um Sozialismus eben auch in Österreich lernen? Was konnte man mitnehmen? Was war inspirierend?

Was man lernen konnte, kann ich Ihnen nicht beantworten, aber was inspirierend war, schon. Nämlich: Die Sowjetunion war ein starres Gebilde, das international dubios agierte, teilweise auch herrisch, wie man aus Osteuropa wusste, jedenfalls nicht umwälzend, gar revolutionär wirkte. China hingegen war erstens gegen diesen sowjetischen Weg und dazu kam noch die Ausstrahlung der Kulturrevolution. Man hat damals auch relativ wenig gewusst. Einen wesentlichen Aspekt dieser Ausstrahlung machte aus, dass die Partei eben nicht sakrosankt sei, oder dass Intellektuelle manuelle Arbeit verrichten sollen, um sich nicht nur im Wolkenkuckucksheim oder im Elfenbeinturm der Wissenschaft einzuigeln. Somit war das schon eine wesentliche Ausstrahlung, die aus China kam, die ich ja nach wie vor nicht abwegig finde. In der DDR musste man zum Beispiel nach der Schule oft vor dem Studium auch irgendetwas Manuelles machen, was damals nicht so beliebt war, aber das ist auch kein Geheimnis. Das Prinzip selbst aber war durchaus anziehend. Es ist klar, dass dadurch anderes, was sich im Nachhinein als absurd herausgestellt hat, überstrahlt wurde. Aber dass man auf manche Dinge kommt, die nicht so sind, wie sie scheinen, ist im Leben grundsätzlich so.

Wenn ich Sie richtig verstehe, ging es um die Abgrenzung zur Sowjetunion, um die Möglichkeit, „radikale Kritik“ an der Partei zu äußern und auch darum, die Trennung zwischen Arbeitern und Intellektuellen als solche in Frage zu stellen und zu überwinden?

Nicht nur die Trennung zwischen Arbeitern und Intellektuellen, sondern auch zwischen Stadt und Land. Natürlich war damit viel an Illusion verbunden, aber man sollte das durchaus in Beziehung setzen zu dem, was nach den Schriften von Marx und Engels die Zukunft des Sozialismus betrifft, nämlich, dass – wie es dann bei Lenin heißt – die Köchin regieren können muss, und natürlich dann auch der Bauer, der am Land ist, sich betätigen können muss. Dieser Gedanke hat hier eine große Rolle gespielt.

Wie beurteilen Sie diese damals inspirierenden Aspekte mit Blick auf das heutige China? Wie stehen für Sie diese inspirierenden Momente in Verbindung zur aktuellen Führung der KPCh? Ist es ein Fortschritt? Eine Niederlage?

Mit den Kategorien Fortschritt und Niederlage kann ich in diesem Zusammenhang wenig anfangen. Ich bin mir nicht sicher, wie ich dieses Staatswesen China heute charakterisieren soll. Natürlich ist dort viel Kapitalismus vorhanden. Auch nationalistische und imperiale Ansprüche zeigen sich in mancher Hinsicht. Zugleich spielt aber meiner Ansicht nach die vergleichsweise beachtliche Rücksichtnahme auf soziale Verhältnisse eine große Rolle. Natürlich kann man die Lebensumstände chinesischer Wanderarbeiter kritisieren, aber man muss das damit vergleichen, wie sie vor 50 Jahren gelebt haben und wie es Wanderarbeitern zum Beispiel in Indien geht. Ein anderes Beispiel ist die Gesundheitsversorgung: Die ist etwa im Vergleich zu Indien oder Indonesien außergewöhnlich gut, aber grundsätzlich ist mein Eindruck des heutigen Chinas sehr widersprüchlich.

Wir haben vorher über die politischen Ausgangsbedingungen der Linken der 70er-Jahre in Österreich, konkret von der MSO gesprochen. Über deren intellektuelle Ausgangsbedingungen schreiben Sie: „Praktisch sämtliche Debatten früherer Jahrzehnte, die der Anwendung, Kritik oder Weiterentwicklung der marxistischen Theorie galten, waren unterbrochen oder Geheimwissen. Die untergegangenen Schriften aus den 1930er Jahren von Walter Benjamin, Karl Korsch und August Wittfogel, aber auch von innerparteilichen oder parteinahen Auseinandersetzungen, erschienen erst wieder nach und nach in einer dafür ziemlich eng gewordenen Öffentlichkeit der 1970er Jahre, aber eben nicht als aktuelle Debattenbeiträge, sondern als historische Belege für ein spezielles Publikum.“¹⁴ Was erschien Ihnen in den 70er-Jahren wichtig an diesen Debatten, die sozusagen nur mehr als Geheimwissen für ein – wie Sie schreiben – „spezielles Publikum“ langsam wieder in Erscheinung getreten sind?

Zunächst möchte ich anmerken, dass der Faschismus bzw. der Nationalsozialismus bis in die 70er-Jahre über marginale Kreise hinaus theoretisch nicht thematisiert wurde, praktisch schon gar nicht. Das ist eine Spezialität von Deutschland, Österreich und Italien, spielt aber auch in Frankreich eine Rolle in Bezug auf die Kollaboration mit den Nazis, die neben der Glorifizierung der Résistance untergegangen ist. Diese mangelnde Durchdringung dessen, was der Faschismus war, bis in die 70er-Jahre, ist zentral, denn dadurch hat man nicht bemerkt, dass die Leistungen der Arbeiterbewegung eigentlich durch den Faschismus und Nationalsozialismus – auch intellektuell – zerstört worden sind. Auch mir ist das erst viel später wirklich bewusst geworden. Wenn man sich ansieht, was vor dem Jahr 1933 in Österreich auf sozialdemokratischer Seite an kulturellen Leistungen vorhanden war, wie die Arbeiter etwa in Gesundheitswesen, Wissenschaft oder die Arbeiterkulturbewegung einbezogen wurden, realisiert man, dass heute rein gar nichts davon übergeblieben ist. Nichtsdestotrotz, die österreichische Nachkriegssozialdemokratie war erstens bis auf ein paar linke Feigenblätter politisch rechts und zweitens über weite Strecken antisemitisch, aber das Bedeutsame meiner

Ansicht nach ist, dass es eine Arbeiterbewegung gab, die zerstört wurde. Natürlich ist das Intellektuelle, das damit verbunden ist, auch bedeutsam, aber nur weil es diese Arbeiterbewegung heute nicht mehr gibt. Die drei Namen Benjamin, Korsch und Wittvogel habe ich eher willkürlich gewählt. Man hätte andere auch nehmen können. Ich persönlich hatte am ehesten Zugang zu Benjamin gehabt, habe aber auch Wittvogel über die Sowjetunion und die asiatische Produktionsweise gelesen. Grundsätzlich wurden diese Autoren aber von einer breiteren linken Öffentlichkeit nicht rezipiert. Aus meiner Sicht ist es auch sehr schwierig, als junger Mensch aktiv irgendwo einwirken zu wollen und sich gleichzeitig um ein theoretisches Fundament zu kümmern. Daraus haben sich für mich sicher auch Probleme ergeben: Man hat einfach manchmal die Lektüre beiseitegeschoben und Betriebsflugblätter geschrieben oder umgekehrt.

Es gibt in Ihrem Buch eine auffällige Leerstelle in Bezug auf den Trotzismus im Österreich der 70er-Jahre. 1972 wurde die trotzkistische Gruppe Revolutionäre Marxisten aus den Marxistisch Leninistischen Studenten (MLS), – also dem Wiener Pendant zur MSO – ausgeschlossen. Es gibt eine Sondernummer der Hochschulzeitung der MSO von 1973 zum Thema „Marxismus oder Trotzismus“, in welcher sich zum Beispiel der Artikel „Wie die Trotzisten die revolutionäre Arbeiterbewegung sabotieren“ finden lässt. Wie dachten Sie über den Trotzismus jener Zeit und worin bestand Ihre Kritik an ihm?

Ich habe mich mit den Trotzisten und dem Trotzismus immer nur am Rande beschäftigt, aber schon in den 1960er-Jahren Ernest Mandel gelesen. Den von Ihnen erwähnten Artikel aus der Kommunistischen Hochschulzeitung der MSO von 1973, ein Text aus Wien, wenn ich mich richtig erinnere, kann ich Ihnen wie folgt erklären: Die Gruppe Revolutionäre Marxisten wurde von den MLS im Prinzip aus demselben Grund ausgeschlossen, aus dem wir von der KPÖ separiert wurden, die Haltung zu China. Wir haben uns von der KPÖ auch aufgrund ihrer ablehnenden Haltung gegenüber China getrennt, diese Haltung wurde von den Trotzisten geteilt, weshalb sie schließlich von der MLS in Wien ausgeschlossen wurden. Kaum sind die Trotzisten in Wien ausgeschlossen worden, traten Wiener Mitglieder der MLS an uns heran und warnten uns vor den Trotzisten. Und schon kam der erste Trotzist – nämlich Raimund Löw⁵ – nach Graz zu einem Vortrag und versuchte dort wortreich, aus meiner heutigen Sicht – aus meiner damaligen Sicht auch – phraseologisch mit revolutionärem Gestus bis zum Kotzen zu agitieren. In meiner Einschätzung der Trotzisten habe ich mich mehr von meinen Gefühlen leiten lassen und ich teile diese Gefühle bis heute. Erst gestern habe ich im Newsletter der Wochenzeitung *Falter* einen Beitrag von eben diesem Raimund Löw über die „tolle“ Demokratie in den USA gelesen, die gerade gesiegt hat, weil sie sich bei den Midterms als „wehrhaft“ erwiesen habe. Dabei hatte ich dasselbe Gefühl in Bezug auf den Trotzismus von Raimund Löw wie vor 50 Jahren, als er

bei seinem Auftritt in Graz war. Ich weiß aber, dass das gegenüber anderen damaligen Trotzisten auch ungerecht sein mag. Als vor 6 Jahren mit Johann Schögler einer der wichtigsten Grazer Trotzisten starb, habe ich einen meiner Ansicht nach respektablen Nachruf auf ihn geschrieben und in einer Literaturzeitschrift und einem Buch veröffentlicht. Johann Schögler war in der für mich entscheidenden Zeit – ab Mitte der 70er-Jahre – in Frankreich und wurde dort bei einer Demonstration so schwer verletzt, dass er mehrere Wochen lang um sein Augenlicht bangen musste und schließlich in Handschellen von Paris nach Österreich abgeschoben wurde. Ich hatte demnach sehr wohl vor manchen Trotzisten auch damals schon persönlichen Respekt und auch heute, aber ich habe im Trotzismus nie etwas für mich Greifbares gefunden außer Kritik. Viele ihrer Kritiken hatten durchaus etwas für sich, aber es ist in der aktiven Politik einfach schwierig, wenn ich in jeder Bewegung, die es auf der Welt gibt, immer die Opposition forcieren muss. Zum Beispiel beschreibe ich in meinem Buch, dass manche mit dem Begriff „Dritte Welt“ Probleme hatten, weil sie nur zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Welt unterschieden haben – das waren unter anderem die Trotzisten. Außerdem waren mir die Trotzisten in Bezug auf die Einschätzung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt nicht geheuer, weil sie den Sozialismus in den unterentwickeltesten Ländern suchen wollten, wo überhaupt keine Voraussetzungen dafür gegeben waren. Das war mein vorsichtiger Einwand.

Inwiefern hat sich denn die Position der MSO von trotzkistischen Positionen in Bezug auf Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ unterschieden?

Wir haben diese Bewegungen meist fast kritiklos unterstützt, und zwar nicht, weil wir blind waren, sondern weil diese Befreiungsbewegungen einfach in Opposition zu allem gestanden haben, was hier verbreitet worden ist. Diese Stimmung hier war ja etwas völlig Reaktionäres. Es gab damals nur nächstenliebende Christen oder Linke, die für ärmere Länder eingetreten sind. Wobei man auch die Christen nicht unterschätzen darf, da gibt es durchaus revolutionäre oder hat es gegeben. Deswegen beziehe ich solche linke Christen ein, die ebenfalls als Überbleibsel der revolutionären Arbeiterbewegung gelten können.

Wenn ich Sie richtig verstehe, dann besteht die Unterscheidung darin, dass die MSO grundsätzlich Befreiungsbewegungen und antikoloniale Kämpfe in der „Dritten Welt“ unterstützt hat, aber im Unterschied zu trotzkistischen Gruppen per se noch kein Potenzial für den Aufbau des Sozialismus damit verbunden hat?

Richtig.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion ist auch die KPÖ beinahe zerfallen. Anfang der 90er-Jahre gab es innerhalb der KPÖ nicht nur Diskussionen über eine Namensänderung,

sondern auch über eine mögliche Auflösungs- beziehungsweise völlige Perspektivenänderung der Kommunistischen Partei. Heute stellt die KPÖ in Graz, in Ihrer Heimatstadt, seit September 2021 die Bürgermeisterin. Wie schätzen Sie die heutige Situation der KPÖ, insbesondere auch diesen Wahlerfolg ein? In welchem Zusammenhang steht er mit der Geschichte der KPÖ? Welches Potenzial, wenn überhaupt, würden Sie darin sehen?

Der Aufstieg der KPÖ in Graz begann erst nach dem Ende der Sowjetunion. Nicht unbedeutend war die Rolle von Ernest Kaltenegger, der wesentlich an diesem Aufstieg beteiligt war. Ernest Kaltenegger war schon lange vor dem Zerfall der Sowjetunion der einzige KP-Gemeinderat in Graz. Er war Nachfolger des Widerstandskämpfers Ferdinand Kosmus. Mit Kaltenegger hat etwas angefangen, was dann mit der Idee bedeutsam geworden ist, dass KPÖ-Mandatare den Teil ihres Gehalts, welches ein passables Durchschnittsgehalt übersteigt, für wohltätige Zwecke verwenden. Eine zweite dafür wichtige Person nach dem Ende der Sowjetunion war Franz Stephan Parteder, der im Hintergrund viel an Grundsätzlichem vertreten und koordiniert hat. Er ist meiner Ansicht nach richtigerweise davon ausgegangen, dass man nicht Wolkenkuckucksheime in dieser Situation errichten kann, sondern ein paar wesentliche Dinge immer wieder sagen und sich um diese kümmern muss. Und in keiner anderen Partei gibt es eine Abwesenheit von finanziellen Skandalen. Im Gegensatz dazu gab es in der KPÖ Graz nie finanzielle Skandale. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, wie auf Dauer Vertrauen erworben wird. Man kann sagen – und ich habe das auch lange vertreten –, dass der Name der Partei nicht so günstig ist. Inzwischen glaube ich aber, dass es gut ist, dass der Name beibehalten wurde, denn sie machen zwar keine kommunistische Politik im Sinne des revolutionären Kommunismus, aber man kann sich zumindest im Hintergrund darauf berufen, dass das irgendwann notwendig und möglich wäre. Ich schätze die KPÖ-Politik derzeit in Graz im Unterschied zur nicht mehr sozialdemokratischen SPÖ als durchaus sozialdemokratisch ein. Die Bürgermeisterin und auch die verschiedenen Mandatare sagen, dass sie für die kleinen Leute, für die Arbeiter und Angestellten da sind, haben aber zugleich auch keine schlechten Kontakte zu manchen Unternehmen. Diese primitive frühere Haltung, die in den 50er- und 60er-Jahren auch in der Sozialdemokratie üblich war, nach der man jeden Unternehmer als Feind betrachtet, ist nicht mehr da. Die KPÖ hat zum Beispiel in ihrer Stadtzeitung seit Jahren immer wieder Porträts von Kleinunternehmen und Kleinunternehmern. Der Eigentümer einer Werkstatt oder eines Geschäfts ist nicht *der* Kapitalist. Das ist richtig aus meiner Sicht. Man muss sich gegen Konzerne, Großkapital, Industrie positionieren. Natürlich ist das auch eine Gratwanderung. Es hat sich zum Beispiel seit mehr als einem Jahr erwiesen, dass alle Versuche der medialen und politischen Gegner, die KPÖ durch Bezüge auf Stalin oder Che Guevara zu diskreditieren, nichts bringen. Das glaubt ihnen niemand mehr. Elke Kahr⁶ antwortet darauf immer: „Ja, aber das hat nichts mit mir zu tun.“

Hat sie damit recht?

Jein. Wieso sollte sie sich als Grazer Stadtchefin medial mit irgendwelchen Geschichten aus der Vergangenheit auseinandersetzen, wenn die gegnerischen Parteien das mit ihrer eigenen Vergangenheit auch nicht tun. Alfred Hrdlicka hat vor 30 oder 40 Jahren im Fernsehen gefragt, warum sich die Leute so über Stalin aufregen. Erstens hätte Stalin Österreich befreit und zweitens regten wir uns auch nicht darüber auf, was die Christen alles angestellt haben.

Beschäftigung mit der Vergangenheit heißt ja nicht nur, dass man sich die Legitimation erwirbt, die Vergangenheit zu denunzieren. Die Frage zielt eher darauf ab, welche Bedeutung das Erbe hat, das man antritt. In welchem historischen Zusammenhang steht man, wenn man sich bewusst dafür entscheidet, den Namen und die Organisation der drittältesten Kommunistischen Partei der Welt, der KPÖ, weiterzuführen?

Mit der Frage rennen Sie bei mir offene Türen ein. Ich kritisiere an der KPÖ gerade auch in Graz, dass sie sich vor allem nicht ausreichend theoretisch mit der eigenen Geschichte beschäftigt. Die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte ist für mich überhaupt von allem anderen abgesehen etwas ganz Grundlegendes. Und zwar nicht nur die Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit, sondern auch damit, was die verschiedenen Mächte in der Vergangenheit alles angestellt haben. Wenn man sich nur darauf verlässt, was man in der Zeitung liest und im Fernsehen sieht, dann ist man verkauft.

Was hat denn die Linke, wenn überhaupt, aus den Erfahrungen der 70er-Jahre gelernt? Was hätte sie Ihrer Ansicht nach lernen sollen?

Ich glaube, sie hat nichts gelernt. Aber was ist überhaupt „die Linke“? – ein meist ausgefranster Begriff. Wir sollten von Vertreterinnen und Vertretern des Sozialismus (oder Kommunismus) reden. In dem Zusammenhang möchte ich noch etwas ansprechen, das mir wichtig ist: Die KPÖ hat gegen den Nationalsozialismus eine herausragende Rolle gespielt und hat viele wesentliche Kader verloren. Sie hat während der Zeit des Austrofaschismus und Nationalsozialismus eine gute Politik für die demokratische Republik entwickelt und war schließlich Mitbegründerin der Zweiten Republik. Ernst Fischer, der bedeutendste österreichische Kommunist, über den ich in einem anderen Zusammenhang geschrieben habe, war von 1934 bis 1945 in Moskau. Was sich aber in den Jahren danach ausgewirkt hat, ist, dass sich die KPÖ zwar immer als die antifaschistische Partei betrachtet und dies auch bei den anderen Parteien eingeklagt hat, den Antifaschismus aber nicht richtig fortsetzen konnte, denn das Antikapitalistische ist dabei ziemlich untergegangen. Zumindest spätestens nach dem Oktoberstreik 1950. Es gab einen Widerspruch zwischen Antifaschismus und Antikapitalismus, der sich in der KPÖ manifestiert hat. Vielleicht ist Widerspruch auch

nicht das richtige Wort, vielleicht ein Nebeneinander. Es fand jedenfalls eine Einengung ihrer Politik auf Antifaschismus statt, was mit dem Ausschleifen des Begreifens, was denn Kapitalismus überhaupt sei, einherging. Das scheint mir ein Problem zu sein. Ich will damit nicht sagen, dass ich dieses Problem durchdrungen hätte, ich bilde mir nur ein, es zu erkennen. Wie man es auflösen könnte, weiß ich nicht.

Ich kann mich gut erinnern, dass es in den 1970er-Jahren mehr Leute gegeben hat, die sich hauptsächlich theoretisch mit dem Marxismus beschäftigt haben. Ich habe das immer akademischen Marxismus genannt. Ich habe diese Leute eigentlich immer ein bisschen verachtet, weil sie immer mit dem Anspruch des Besserwischerischen auf alle heruntergeschaut haben, die – natürlich habe ich mich da auch betroffen gefühlt – etwas Praktisches versucht haben. Wenn man sich, was ich selbstverständlich für wichtig halte, mit marxistischer Theorie beschäftigt, muss dies im Sinne des Brecht-Zitats passieren, das sich verkürzt auch in meinem Buch findet:

In den folgenden Jahren der Weimarer Republik waren es die Schriften der Klassiker des Sozialismus, die durch den großen Oktober neu belebt worden waren, und die Berichte von Ihrem kühnen Aufbau einer neuen Gesellschaft, die mich diesen Idealen verpflichteten und mit Wissen versahen. Die wichtigste der Lehren bestand darin, daß eine Zukunft für die Menschheit nur „von unten her“, vom Standpunkt der Unterdrückten und Ausgebeuteten aus, sichtbar wurde. Nur mit ihnen kämpfend, kämpfte man für die Menschheit.⁷

Das finde ich bei aller Beschäftigung mit Theorie zentral. In diesem Sinne hat mir auch mein Bruder, der Jahrzehnte lang parteiloser Betriebsrat in einem Betrieb mit mehreren tausend Arbeitern und Angestellten war, nachdem er mein Buch gelesen hat, folgende Antwort geschrieben, aus der ich kurz zitieren möchte:

Die Bedeutung der damals organisierten Schulungen – oder „Theoriearbeit“ – darf durchaus höher eingeschätzt werden, als du es ohnehin tust: Gründliches „Kapital-Studium“, aber auch der Texte zu Strategie, Taktik oder „Aktionseinheit“ haben zumindest meine Arbeit als Betriebsrat danach vier Jahrzehnte lang nicht nur geprägt, sondern auch den Boden dafür bereitet, diese Arbeit auch möglichst konsequent, aber auch gelassen zu tun, ohne bei den vielen Niederlagen in Depressionen zu verfallen. Einfach, weil wir die „Bewegungsgesetze“ gelernt haben und auf dieser Basis recht schnell wussten, was falsch gelaufen war und was daher zu tun (und zu vermitteln) ist. Auch heute noch würde ich jedem in der Arbeitswelt Tätigen – Betriebsräten und Gewerkschaftern sowieso – empfehlen, einen derart intensiven „Kapital“-Kurs zu machen, wie wir ihn in Göstling an der Ybbs – quasi in Selbstschulung – absolvierten. Betriebsratsarbeit und Gewerkschaftsarbeit war und ist in erster Linie Bildungsarbeit [...]. **IP**

- 1 Eine FPÖ-nahe Studentenorganisation an österreichischen Hochschulen.
- 2 Karl Wimmeler: *Kein Spiel. Als österreichischer Linker in den 1970er-Jahren*. Wien 2022, S. 48.
- 3 Peter Gäng und Jürgen Horleman: *Vietnam. Genesis eines Konflikts*. Berlin 1967.
- 4 Wimmeler: *Kein Spiel. Als österreichischer Linker in den 1970er Jahren*, S. 83–84.
- 5 Raimund Löw ist Auslandskorrespondent des ORF und schreibt für die Wochenzeitung *Falter*.
- 6 Elke Kahr ist KPÖ-Mitglied und Bürgermeisterin der Stadt Graz.
- 7 Bertolt Brecht: *Rede anlässlich der Verleihung des Stalin-Preises „Für Frieden und Verständigung zwischen den Völkern“*. Moskau 1955. Online abrufbar unter: <https://sascha313.wordpress.com/2017/07/13/bertolt-brecht-mit-dank-fuer-eine-friedensgabe/>

PRÄFIGURATIVE POLITIK UND DIE LINKE

von J.A. Koster

„Das Endziel des Sozialismus ist der einzige entscheidende Faktor, der die sozialdemokratische Bewegung von der bürgerlichen Demokratie und vom bürgerlichen Radikalismus trennt.“

-Rosa Luxemburg (1908)

„Die neue Linke [...] versuchte, eine neue Politik der Beteiligung und des Prozesses zu begründen.“

-Wini Breines (1980)

„Die Präfiguration macht den Prozess und das Ziel untrennbar; der Prozess wird zum Ziel.“

-Marianne Maeckelbergh (2009)

EINLEITUNG

In *Kapitalistischer Realismus* schreibt Mark Fisher, dass die Linke sich romantisch mit einer „Politik des Scheiterns“ identifiziert.¹ Mit anderen Worten, die Linke ist nicht nur unfähig, sondern auch unwillig, sich eine Alternative zum Kapitalismus vorzustellen. Fisher zufolge müssen wir die „endlose Wiederholung historischer Debatten“ vermeiden und unseren Blick in die Zukunft richten.² Viele junge Menschen haben Fishers Herausforderung angenommen und versuchen, den „kapitalistischen Realismus“ durch die Vorstellung von Alterna-

tiven in Gestalt verschiedener Formen direkter Aktion zu überwinden. Dies wird oft als präfigurative Politik bezeichnet. Ganz grundsätzlich bedeutet präfigurative Politik, selbst die anvisierte Veränderung zu sein. Es ist das Bemühen, die Gesellschaft zu verändern, indem man das gewünschte Ziel in der Gegenwart umsetzt. Formaler ausgedrückt kann präfigurative Politik als der Versuch definiert werden, den Widerspruch zwischen Mitteln und Zwecken zu überwinden. Wenn das Ziel darin besteht, eine egalitäre Gesellschaft zu schaffen, so das Argument, dann kann es weder eine Beziehung zu einem autoritären kapitalistischen Staat noch zu irgendeiner bürokratischen oder hierarchischen Organisationsform geben. Der Schwerpunkt liegt daher auf direktem Handeln, gegenseitiger Hilfe und Selbstorganisation mit flachen Hierarchien und direkter demokratischer Entscheidungsfindung.

Einige der größten Proteste des letzten Jahrzehnts hatten präfigurativen Charakter. Darunter Occupy und die Indignados-Bewegung (2011), die französischen *zones à défendre* (ZAD, 2011–18), die Gezi-Park-Proteste in Istanbul (2013), die Regenschirm-Bewegung in Hongkong (2014), die französische Versammlungsbewegung *Nuit debout* (2016), die Dakota Access Pipeline-Proteste in Standing Rock (2016) und die Capitol Hill Autonomous Zone in Seattle (2020). Hinzu kommen die von Gruppen wie Extinction Rebellion und Ende Gelände organisierten Klimacamps. Die meisten dieser Proteste nahmen die Form einer Besetzung an und errichteten semi-permanente Protestcamps. Diese Camps dienten einem praktischen Zweck – sie ermöglichten es den Protestierenden, ihren Protest aufrechtzuerhalten –, aber sie dienten auch als Modell für eine alternative Gemeinschaft mit ihren eigenen Codes und Werten.

Eine präfigurative Aktion muss nicht unbedingt die Form eines Protestcamps annehmen. Sie kann sich in verschiedenen Formen ausdrücken: Hausbesetzungen, soziale Zentren, gemeinschaftliche Lebensräume, Kooperativen, Gemeinschaftsprojekte und so weiter. Die Ziele und Themen, die angesprochen werden, sind ebenso breit gefächert. Die genannten Proteste richteten sich gegen Polizeibrutalität, Klimawandel, Umweltverschmutzung, wirtschaftliche Ungleichheit und Änderungen des Wahlsystems. Es kann sogar rechte Formen der Präfiguration geben. Bastion Social in Frankreich und CasaPound in Italien betreiben neofaschistische Gemeinschaftszentren, in denen verschiedene Freizeitaktivitäten organisiert werden. CasaPound hat eine eigene Band und Theatergruppe, einen Radiosender, einen Online-TV-Kanal und eine Monatszeitschrift. Beide Organisationen besetzen verlassene Gebäude, in denen sie Gemeinschaftsräume einrichten, und organisieren Gemeinschaftsprojekte für Arme (z. B. Wohnungskampagnen und Lebensmittelbanken), wovon Migranten jedoch ausgeschlossen sind.

Ich erwähne diese „faschistischen“ Initiativen, um eine Besonderheit der Präfiguration hervorzuheben: Sie gibt kein Ziel vor. Obwohl der Ursprung der präfigurativen Politik in der sozialistischen Tradition liegt, hat sie sich seitdem weit von ihren Ursprüngen entfernt. Am häufigsten wird sie mit dem Anarchismus in Verbindung gebracht. Zur Zeit von Occupy erschienen mehrere Bücher, die die präfigurative Politik dieser Bewegung mit dem Anarchismus assoziieren.³ Aber die Politik des Anarchismus ist nicht präfigurativ, sondern anarchistisch. Es handelt sich um eine substanzielle Politik mit einem klar definierten Ziel – dem Sozialismus –, dem die Anarchisten ihre Mittel anzupassen versuchten. Die präfigurative Politik hingegen ist eigentlich gar keine Politik, sondern eher eine Handlungsorientierung. Sie ist ein Anarchismus ohne Anarchismus, d.h. ein Anarchismus ohne Sozialismus. Die Verwirrung und Ungewissheit darüber, was das Ziel eines linken Projekts sein sollte – beispielhaft dargestellt durch präfigurative Politik –, fasst den Zustand großer Teile der post-politischen Linken perfekt zusammen.

OCCUPY

Das sichtbarste Beispiel für präfigurative Politik in jüngster Zeit war die weltweite Occupy-Bewegung. Der unmittelbare Kontext für Occupy waren die Folgen der Finanzkrise von 2008. Verärgert über Bankenrettungen und Sparmaßnahmen und angestachelt durch die Aufstände des Arabischen Frühlings, besetzten Demonstranten Parks und öffentliche Plätze in 950 Städten in Europa und den Vereinigten Staaten.⁴ Sie lebten in Camps, die auf der Grundlage von radikaler Gleichheit und Inklusivität organisiert waren. Die meisten dieser Camps verfügten über eine Küche, eine Erste-Hilfe-Station und eine kleine Bibliothek. Die größeren verfügten über zusätzliche Annehmlichkeiten. Das Protestcamp in Madrid beispielsweise hatte eine Küche, in der dreimal täglich warmes Essen serviert wurde, einen Lern- und Gesprächsraum, eine Bibliothek mit Tausenden von katalogisierten Büchern, Wifi-Hotspots, ein Pressezentrum, einen Kindergarten, eine Erste-Hilfe-Station, Recyclingstellen und einen Gemüsegarten.⁵ Die Camps verfügten auch über politische Institutionen. Diese waren die Generalversammlungen, in denen die Menschen Entscheidungen darüber trafen, wie das Camp verwaltet werden und welche Ziele es verfolgen sollte. Die Generalversammlung war ein Instrument der direkten Demokratie, anhand dessen man Entscheidungen im Konsens zu treffen versuchte. Dies stellte sich als ein nahezu unmögliches Unterfangen heraus. Infolgedessen lag die meiste Initiative bei Affinitäts- und Arbeitsgruppen, die eigenständig arbeiteten. Beispiele für Arbeitsgruppen sind die Arbeitsgruppe „Direkte Aktion“, in der sich alle Anarchisten sammelten, und die Arbeitsgruppe „Medien“, die alle Konten in den sozialen Medien verwaltete. Andere Arbeitsgruppen ähnelten Denkfabriken und trugen Namen wie „Langfristige Politische Arbeitsgruppe“ und „Kurzfristige Politische Arbeitsgruppe“.⁶ Zusammenge-

nommen bildeten diese sozialen und politischen Institutionen eine quasi autarke Gemeinschaft. Ein Journalist beschrieb Occupy Wall Street als eine „Stadt in der Stadt, eine kleine, funktionierende Demokratie“.⁷

Die Besetzer versuchten, ihre Unabhängigkeit vom Staat zu bewahren. In Madrid skandierten die Demonstranten: „PSOE-PP, beides der gleiche Mist!“ (gemeint sind die wichtigsten Parteien der Linken und der Rechten). In New York lautete einer der Slogans: „Occupy everything, demand nothing!“ („Besetzt alles, fordert nichts!“). Sowohl in Spanien als auch in den Vereinigten Staaten lehnten es die Demonstranten ab, sich einer politischen Partei anzuschließen oder Forderungen an den Staat zu stellen. Sie hofften, eine autonome Bewegung zu schaffen, die ihre eigenen „Lösungen“ hervorbringen würde, wie es die New Yorker Generalversammlung ausdrückte.⁸ Die Forderung nach einem Systemwandel ging jedoch Hand in Hand mit konkreten Vorschlägen zur Reform des Systems. Im Zuccotti Park hingen Plakate mit der Aufschrift „End the Fed“, „Bring Back Glass-Steagall“ (eine Regulierungsvorschrift zur Trennung von Investment- und Geschäftsbanken) und „Abolish Corporate Personhood“. In Spanien sammelten die Demonstranten 15.000 Vorschläge, wie die „Demokratie verbessert werden kann“.⁹

Die politische Vorstellungskraft von Occupy wurde von der Idee der Demokratie beherrscht. Als die Indignados auf der Straße demonstrierten, riefen sie „echte Demokratie jetzt!“, und in einer von der New Yorker Generalversammlung veröffentlichten Erklärung forderten die OccupyBesetzer „wahre Demokratie“ (2011). Damit war die Demokratie aus den Camps gemeint, in welcher jeder zu Wort kommen durfte und alle dasselbe Mitbestimmungsrecht hatten. Occupy definierte sich nicht ideologisch – die Mitglieder sollten ihre Ideen in und durch die Generalversammlung eigenständig klären. Der Prozess der konsensualen Entscheidungsfindung sollte „eine Vision für eine neue politische Ordnung“ hervorbringen, wie David Graeber es ausdrückte.¹¹ Natürlich war es so unmöglich, eine ideologische Einigung zu erzielen. Ein Besetzer berichtet, dass die politische Debatte sich als dermaßen umstritten erwies, dass sie fast sofort nach Beginn der Besetzung in New York eingestellt wurde.¹² Occupy wollte ein radikal inklusiver Raum sein, in welchem die Vorstellung einer besseren Welt wachsen sollte. Dies sollte dadurch erreicht werden, dass alle willkommen waren, unabhängig von ihrer Ideologie, solange sie sich an die Regeln des „Prozesses“ hielten. Diese präfigurative Art der Organisation hat sicherlich zum Erfolg (hinsichtlich des rapiden Wachstums) von Occupy beigetragen. Wie ein Besetzer es ausdrückte: „Was auch immer dein Problem war, du konntest [in den Zuccotti Park] kommen und eine Gemeinschaft mit anderen Menschen bilden, die Veränderungen sehen wollen.“¹³ Mit den Worten eines anderen OccupyBesetzers: „Jeder, der frustriert oder wütend war oder irgendwelche Probleme hatte, die er angehen wollte, hatte das



Occupy Wall Street-Demonstranten besetzen den New Yorker Zuccotti Park am 17. September 2011¹⁰

Gefühl, dass dies seine Bewegung sein könnte.“¹⁴ Es war jener offene Charakter des Protests, der die Menschen einerseits in die Parks lockte und sie andererseits letztendlich abstieß. Es wurden nur wenige Beschlüsse gefasst. Die Bewegung litt unter Ziellosigkeit und ideologischer Verwirrung, was eine Zeit lang produktiv gewesen war, sich aber letztlich als Belastung erwies. Darüber hinaus hat Occupy sein Versprechen von Inklusion und Gleichheit nicht eingelöst. Die volle Teilnahme an den flachen hierarchischen Strukturen von Occupy war denjenigen vorbehalten, die einen flexiblen Zeitplan hatten. Studenten, professionelle Aktivisten und Freiberufler machten den Großteil der OccupyTeilnehmer aus.¹⁵ Und obwohl Occupy behauptete, führerlos zu sein, bildete sich eine informelle Führung heraus.¹⁶ Es war nur natürlich, dass Occupy seine eigenen Kader hervorbrachte. Aber da Führungspositionen nicht anerkannt wurden, war weder klar, wer die Anführer waren, noch konnte irgendjemand zur Rechenschaft gezogen werden. Und schließlich war das System der direkten Demokratie der Generalversammlung dysfunktional. Viele dieser Lektionen mussten bereits Vorgängerbewegungen von Occupy erfahren.

Die charakteristischsten Merkmale von Occupy – die Entscheidungsfindung im Konsens, das People’s Mic, die Struktur der Affinitätsgruppen und des Sprecherrats, die Arbeitsgruppen, die progressive Stack-Kultur und sogar die Slogans – wurden von der Direct-Action-Bewegung übernommen, die ihrerseits viele Merkmale von der Neuen Linken geerbt hat. Auf diese Geschichte müssen wir zurückblicken, um die Entwicklung der präfigurativen Politik zu verstehen.

DIE NEUE LINKE

Die Neue Linke ist aus dem selbst erklärten Bankrott des offiziellen Kommunismus hervorgegangen. Demografisch gesehen war sie die Rebellion der Babyboomer, die in einer Gesellschaft heranwuchsen, die ein nie dagewe-

senes Maß an Wohlstand erreicht hatte, konformistisch und patriarchalisch war und in der die Linke unter Stalins Einfluss konservativ und autoritär geworden war. Die Neue Linke lehnte daher die Alte Linke ab und veränderte das Wesen des politischen Widerstandes in entscheidender Weise. Erstens gab die Neue Linke die Vorstellung auf, dass die Masse der arbeitenden Menschen die Träger des historischen Wandels sind, und betonte stattdessen die Handlungsfähigkeit von Studenten, Intellektuellen, Frauen und ethnischen Minderheiten. Zweitens ersetzte die Neue Linke die Kritik an der Gesellschaft als Ganzes durch Aktivismus bezüglich einer Vielzahl von Themen – Bürgerrechte, Rechte von Homosexuellen, Frauenrechte, Abtreibungsrechte, der Vietnamkrieg, Meinungsfreiheit, Umwelt usw. Die Kritik an den kapitalistischen Klassenverhältnissen wich einer moralischen und kulturellen Kritik der Konsequenzen des kapitalistischen Wohlstands. Drittens legte die Neue Linke im Gegensatz zu ihren Vorgängern großen Wert auf Kultur und betrachtete den Lebensstil als eine mögliche Form des Widerstands. Dies wurde später als „Gegenkultur“ bezeichnet. Dementsprechend entstanden in den 1960er Jahren zahlreiche politisierte kulturelle Bewegungen: die Situationisten in Frankreich, die Provos in den Niederlanden, die Hippies, Yippies und Diggers in den Vereinigten Staaten und die Capelloni in Italien, um nur einige zu nennen.¹⁷ Schließlich lehnte die Neue Linke das Organisationsmodell der Parteien ab, welches sie als zu bürokratisch und hierarchisch ansah – ein Abbild der Gesellschaft, gegen die sie rebellierte. Ein Großteil der Aktivitäten der Neuen Linken wurde von Studenten getragen, die sich in losen, halbautonomen Gruppen auf dem Universitätsgelände organisierten.

Doch dieses Bild der Neuen Linken ist nicht statisch. Mit dem Versuch, zur marxistischen Orthodoxie zurückzukehren, entwickelte sich die Neue Linke in Richtung einer Kritik an jedem der oben genannten Merkmale. Die Kategorie der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt wurde nicht verworfen, sondern erweitert. Die Kritik an spezifischen sozialen Fragen weitete sich zu einer Kritik des Kapitalismus als solchem aus. Teile der Neuen Linken betrachteten die Gegenkultur als eine *bürgerliche* Verirrung. Und schließlich führten die losen, horizontalen Organisationen der Studentenbewegung zu dem Versuch, eine Avantgardepartei aufzubauen. Die marxistische Wende der Neuen Linken in den frühen 1970er Jahren entpuppte sich als eine Selbstkritik an vielem, was in der Neuen Linken neu war.

Die frühe Neue Linke zeichnete sich unter anderem durch ihren präfigurativen Ansatz in der Politik aus. Dies lässt sich an der Politik und der Organisationsstruktur der Students for a Democratic Society (SDS) ablesen. Die 1960 als Campus-Organisation gegründeten SDS versuchten aktiv, die Gesellschaft, die sie zu erreichen hofften, in ihrer Struktur, ihren Formen der Entscheidungsfindung und ihrer Organisationskultur widerzuspiegeln. Anstatt eine traditionelle, von oben nach unten

geführte Institution aufzubauen, entschieden sie sich für eine konföderale Struktur mit autonomen, auf dem Campus angesiedelten Sektionen, die von einem schwachen nationalen Büro unterstützt wurden. Die Führer wurden im Konsens gewählt und wechselten jährlich, um zu verhindern, dass sie zu viel Macht anhäuferten. Die SDS versuchten, „Mandatsträger, Arbeitsteilung [und] zentralisierte Entscheidungsfindung“¹⁸ so weit wie möglich zu beseitigen. Der Grundgedanke war, dass eine neue Gesellschaft auf neuen sozialen Beziehungen aufgebaut werden muss, und zwar von neuen Menschen. In der Politik ging es nicht nur um Macht, sondern um die Schaffung einer neuen „Gemeinschaft“. Wie in der Erklärung von Port Huron bekräftigt, bestehe die Aufgabe der Politik darin, die Menschen „aus der Isolation in die Gemeinschaft“ zu bringen und ihnen zu ermöglichen, „einen Sinn“ in ihrem Leben zu finden.¹⁹ Mit anderen Worten: Die unmittelbare Umgestaltung der sozialen Beziehungen war ebenso wichtig wie die Frage der Macht – und hatte oft Vorrang vor ihr. Greg Calvert, 1966–67 nationaler Sekretär der SDS, war einer der unverblühtesten Verfechter der präfigurativen Politik. Er argumentierte, der Kapitalismus zerstöre „die Art von Gemeinschaft, die menschliche Verbundenheit und Liebe möglich macht“.²⁰ Das Ziel war, die „lieblose Anti-Gemeinschaft“ des Kapitalismus durch eine „Gemeinschaft der Liebe“ zu ersetzen: „Während wir für die Befreiung der Welt kämpfen“, verkündete er, „würden wir die befreite Welt in unserer Mitte schaffen“.²¹

Nach Ansicht von Calvert und anderen muss die Politik selbst umgestaltet werden, wenn das gewünschte Ziel erreicht werden soll. Die Mittel seien ebenso wichtig wie das Ziel. Anstelle der formalen Demokratie solle eine „partizipative Demokratie“ treten. Diese soll dem Einzelnen die Handlungsfähigkeit zurückgeben, die der Kapitalismus ihm genommen hat. Sie würde auch starke Bindungen schaffen und die Initiative fördern. Die SDS versuchten, die Kluft zwischen Mitteln und Zielen zu schließen, indem sie Gegeninstitutionen gründeten, die auf egalitären Prinzipien beruhten. Sie gründeten „freie Universitäten“, an denen Kurse über alles Mögliche angeboten wurden, vom Marxismus über Kunstgeschichte bis hin zur Organisation von Gemeinschaften. Einige Mitglieder der SDS lebten in Armenvierteln und organisierten die Bewohner in „Gemeinschaftsgewerkschaften“ (Economic Research and Action Project, kurz ERAP). Hier testeten die Organisatoren „Theorien der ‚partizipativen Demokratie‘ in der Realität“.²² Studenten und Bewohner arbeiteten gemeinsam an Projekten, die von der Müllabfuhr bis hin zu Kampagnen für bessere Wohnungen reichten. Es gab keine Hierarchien, Entscheidungen wurden im Konsens getroffen. Die Bewohner wurden ermutigt, sich den Mitarbeitern anzuschließen; alle erhielten den gleichen Mindestlohn. Um eine Zentralisierung zu vermeiden, wurden alle Ämter abgeschafft. Damit sollte verhindert werden, dass sich die Macht in den Händen einzelner Personen oder eines einzelnen Ortes konzentriert. Das Ergebnis war jedoch, dass die Koordination unmöglich wurde. Jedes Projekt war eine Insel, völlig abgeschnitten

von den anderen. In dem Rahmen, in dem sie erfolgreich waren, brachten die Projekte einen gewissen Nutzen für ihre Mitglieder, aber darüber hinaus erfüllten sie keinen politischen Zweck. Im Sommer 1965 waren die meisten Projekte gescheitert und das Programm wurde eingestellt.

Als Präsident Johnson 1965 den Krieg in Vietnam verschärfte, wuchsen die Reihen der SDS. Als die Organisation an Größe zunahm, wurde das Fehlen einer formalen Struktur zu einem Problem. Immer mehr Mitglieder waren der Meinung, dass direkte Demokratie und Konsentscheidungen nicht praktikabel seien. Die Hauptkritikpunkte sind uns bereits von Occupy bekannt. Erstens: Da es keine klaren Führungsstrukturen gab, bildete sich eine informelle Führung heraus, die erheblichen Einfluss ausübte, aber gegenüber den Mitgliedern nicht rechenschaftspflichtig war. Da die Führer häufig wechselten, konzentrierte sich die Macht auf das nationale Büro, was die organisatorische Kontinuität sicherte. Zweitens entdeckten die SDS, dass die direkte Demokratie in großen Gruppen ineffektiv war. Auf dem nationalen Parteitag war es oft unmöglich, einen Konsens in wichtigen Fragen zu erreichen. Das Gleiche galt für die Ortsgruppen. „Obwohl viele von uns Abstimmungen für undemokratisch halten“, so ein Organisator, „stellt sich wirklich die Frage, ob wir es uns leisten können, acht Stunden zu brauchen, um in jeder Frage einen Konsens zu erreichen“.²³

Trotz dieser Kritik aus den eigenen Reihen der Organisation wurde nur sehr wenig unternommen, um sie anzugehen. Versuche der SDS-Führung, Veränderungen herbeizuführen, wurden von einer Studentenschaft vereitelt, die der Autorität misstraute. So wurde beispielsweise festgestellt, dass viele der neuen Rekruten wenig politische Bildung besaßen. Ein Vorschlag für ein internes Bildungsprogramm zur Ausbildung neuer Führungspersönlichkeiten wurde jedoch kritisiert, weil dies die „Kaderschulen“ der Alten Linken nachahmte, die als „autoritär“ angesehen wurden.²⁴ Anstatt mehr Struktur einzuführen, drifteten die SDS in Richtung einer stärkeren Dezentralisierung. Im Jahr 1967 wurden die Ämter des Präsidenten und des Vizepräsidenten abgeschafft.

1966 wurden die SDS von Carl Davidsons Prairie Power-Fraktion übernommen, die sich selbst als anarcho-syndikalistisch bezeichnete. Auch andere Fraktionen entstanden. Insbesondere die Worker Student Alliance, eine Tarnorganisation der maoistischen Progressive Labor Party. Zum Zeitpunkt des Nationalkonvents 1969 gab es zwei große Fraktionen: das Revolutionary Youth Movement (RYM), zu der auch Prairie Power gehörte; und die Worker Student Alliance. Die SDS spalteten sich in zwei Teile. Doch das RYM spaltete sich sofort wieder, und zwar zwischen dem Weather Underground und den Gruppen, die schließlich die Neue Kommunistische Bewegung bilden sollten, eine Sammlung bekennender Marxisten-Leninisten, die sich an den Aufbau einer Avantgardepartei machten.

PRÄFIGURATION IN DER ALTEN UND NEUEN LINKEN

Der Begriff „präfigurative Politik“ wurde von Carl Boggs, einem Professor für Politikwissenschaft, geprägt, der Ende der 1960er-Jahre selbst an der Studentenpolitik auf dem Campus der UC Berkeley beteiligt war. In zwei 1977 veröffentlichten Aufsätzen kritisierte er die Politik der Neuen Linken, die seiner Meinung nach durch zwei gegensätzliche Tendenzen gekennzeichnet war: Massenprotestpolitik auf der einen Seite und kleine leninistischen Sekten auf der anderen. Er verglich und kontrastierte diese Spaltung der Neuen Linken mit einer ähnlichen Spaltung in der sozialistischen Tradition. Rückblickend stellte er eine etatistische Tendenz (Leninismus, Sozialdemokratie) einer anti-etatistischen oder, wie er es nannte, einer „präfigurativen“ Tendenz (Anarchismus und Linkskommunismus) gegenüber. Boggs argumentierte, dass keine Strategie ihr revolutionäres Versprechen einlösen konnte. Sie reproduzierten entweder den Staatskapitalismus oder führten zu Marginalisierung und politischer Irrelevanz. Daher plädierte Boggs für eine „Synthese“ der beiden Tendenzen,²⁵ d. h. für die Integration von sozialer und politischer Aktion, wobei er sich offenbar nicht bewusst war, dass er die ursprüngliche marxistische Position wiederherstellte.²⁶

Boggs weist darauf hin, dass Strukturen der Selbstorganisation des Volkes in Form von Sowjets, Fabrikkomitees, Nachbarschaftsversammlungen usw. die Kontrolle durch die Arbeiter vorwegnehmen, aber auch „eine neue Quelle *politischer* Legitimität“ bieten.²⁷ Einerseits sind die Organe der zivilen Selbstorganisation den Gemeinschaften und Betrieben, in welchen sie verwurzelt sind, direkt rechenschaftspflichtig und antizipieren in diesem Sinne den Sozialismus. Andererseits hinge die politische Legitimität einer sozialistischen Partei eben genau von solchen bestehenden Formen der Selbstorganisation der Bevölkerung ab. In diesem Sinne sind sie das Mittel, das die Selbsttransformation (d.h. die Selbstaufhebung) der bürgerlichen Gesellschaftsverhältnisse ermöglicht. Die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse hat also eine doppelte Funktion. Einerseits nimmt sie die Kontrolle der Arbeiter vorweg, indem sie Quellen „demokratischer Gegenmacht“ schafft. Andererseits begründet sie die politische Legitimität einer sozialistischen Partei, deren Ziel es ist, die Staatsmacht zu ergreifen, und macht damit das Problem des Kapitals zum ersten Mal in Theorie und Praxis fassbar (die Diktatur des Proletariats). In der marxistischen Tradition hat die soziale Aktion also einen doppelten Charakter: Sie präfiguriert die Kontrolle der Arbeiter, antizipiert in diesem Sinne Sozialismus und ermöglicht den politischen Kampf um die Staatsmacht. Präfigurative Strukturen – Organe der Selbstverwaltung des Volkes – sind am besten als Quellen sozialer Macht zu verstehen, die sowohl eine freie Gesellschaft antizipieren als auch die für ihre Verwirklichung erforderliche politische Legitimität liefern.

Es ist jedoch zu beachten, dass diese Formen der Selbstorganisation nicht identisch sind mit der Gesellschaft, die sie antizipieren. Was präfiguriert wird, ist die Kontrolle durch die Arbeiter – die Revolution durch die Diktatur des Proletariats – und nicht der Sozialismus. Sobald die Arbeiter erfolgreich die politische Kontrolle ergriffen und die Produktion demokratisiert haben, kann man nicht mehr von einer Arbeiterklasse sprechen, und die dann entstehenden Gesellschaftsformen sind ungewiss. In dieser Übergangsphase sollen die gesellschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse die Verantwortung für die Produktion und bestimmte Funktionen des Staates übernehmen. Aber der springende Punkt ist, sich selbst überflüssig und Platz für eine neue und andere Form der Gesellschaft zu machen, welche sich frei und nicht vorherbestimmt entwickeln soll – nicht eine freie Gesellschaft zu präfigurieren und die Gesellschaft zu einem zuvor festgelegten Idealzustand zu führen. Aus diesem Grund muss der Begriff der Präfiguration kritisch betrachtet werden.

Im Mittelpunkt von Boggs' Kritik steht die Spaltung zwischen sozialer und politischer Aktion. In der Neuen Linken werden diese durch gegensätzliche Tendenzen repräsentiert – spontane Massenaktionen versus kleine leninistische Sekten –, die beide an den Rand der Politik verdrängt werden. Barbara Epstein bezeichnet dies als die „Spaltung zwischen Gegenkultur und Politicos“.²⁹ Während die Politicos im Niedergang begriffen waren, blühte die gegenkulturelle Bewegung auf. Sie hatte einen entscheidenden Einfluss auf die Bewegung der gewaltfreien direkten Aktion in den folgenden Jahrzehnten und schließlich auch auf Occupy. Die soziale Aktion – mit ihrer präfigurativen Dimension – wurde zum dominierenden Element der Protestpolitik der Folgezeit, allerdings nicht im sozialistischen Sinne. Die Neue Linke veränderte den Charakter sozialer Aktion. Sie bedeutete nicht mehr eine Form sozialer Macht, die sich selbst aufheben wollte, sondern bekam einen positiven Inhalt, formulierte ein bestimmtes Sollen. Das war der sozialistischen Tradition fremd – dem Anarchismus ebenso wie dem Marxismus. Wenn die Sozialisten sich auf der Grundlage dessen organisierten, was überwunden werden sollte, verliert die Praxis der 1960er Jahre allmählich diesen (selbst)kritischen Aspekt. Die Neue Linke „brachte einen neuen politischen Inhalt in die präfigurative Tradition ein“ und versuchte, „persönliche und ‚Lifestyle‘-Fragen in die Politik zu integrieren“, sowie eine Reihe anderer Themen: „Gesundheitsfürsorge, Kultur, Ökologie, usw.“.³⁰

PRÄFIGURATIVE POLITIK UND DIE POSTPOLITISCHE WENDE

Die Entwicklung der Neuen Linken ist von einer zunehmenden Radikalisierung geprägt. Sie spaltete sich schließlich in diejenigen, die die Notwendigkeit einer sozialistischen Partei erkannten, und diejenigen, die darin einen Rückfall in eine gescheiterte Tradition sahen und die ersteren, die New Left Marxists, für die Zerstö-



Demonstranten der Anti-WTO-Proteste ziehen am 29. November 1999 durch Seattle (USA)⁴³

rung der SDS verantwortlich machten.³¹ Aber so wie die politischen Experimente der frühen SDS durch das Scheitern früherer Sozialisten motiviert waren, so wurde die marxistische Wende der späteren SDS durch das Scheitern der partizipativen Demokratie ausgelöst. Die Neue Linke scheiterte nicht nur einmal, sondern zweimal. In sozialer und kultureller Hinsicht war sie jedoch erfolgreich. Aber dieser kulturelle Sieg wird oft als ein politischer Sieg verkauft. Wie Daniel Cohn-Bendit schreibt, war die Neue Linke

ein Experiment, das völlig mit der Gesellschaft bricht, ein Experiment, das nicht von Dauer sein wird, das aber einen Blick auf eine Möglichkeit zulässt; etwas, das sich für einen Moment zeigt und dann verschwindet. Aber das genügt, um zu beweisen, dass etwas existieren könnte.³²

Mit anderen Worten: Nach präfigurativen Maßstäben hatte die Neue Linke Erfolg. Boggs verwendete den Begriff Präfiguration kritisch, um einen Rückschritt im linken Verständnis von sozialem Handeln bewusst zu machen. In der späteren Geschichte wird der Begriff jedoch fast immer affirmativ verwendet, um die Aktualität zukünftiger sozialer Beziehungen in der Gegenwart zu kennzeichnen.

Wini Breines war die Erste, die das Konzept in dieser Weise verwendete. In den frühen 1980er Jahren versuchte Breines, die politischen Experimente der frühen SDS für eine neue Generation von Aktivisten wiederzubeleben. Die SDS, so argumentierte sie, „versuchte[n], die Saat der Befreiung und der neuen Gesellschaft [...] durch Vorstellungen von partizipatorischer Demokratie auf der Grundlage von Gegeninstitutionen zu entwickeln; das bedeutete den Aufbau von Gemeinschaft“.³³ Das Ziel der präfigurativen Politik ist nicht der Aufbau des Sozialismus, sondern der Aufbau der Gemeinschaft. Der Unterschied ist wichtig, weil der Sozialismus einen zukünftigen

Zustand bezeichnet, während Gemeinschaft „innerhalb der lebendigen Praxis der Bewegung“³⁴ verwirklicht werden kann. Mit „Gemeinschaft“ meint Breines „nicht-kapitalistische“ soziale Beziehungen.³⁵ Dies bedeutet jedoch nicht, dass Kapitalismus und Gemeinschaft sich gegenseitig ausschließen. Gemeinschaft ist ein Effekt des demokratischen Prozesses, argumentiert sie. Sie kann durch die „Abschaffung von Führungspersönlichkeiten, Ämtern, [...] [und] zentralisierter Entscheidungsfindung“ erreicht werden.³⁶ Der Kampf für eine bessere Gesellschaft findet seine unmittelbare Verwirklichung in der Gemeinschaft der Protestbewegung.

Breines, die an der Schwelle zu den 80er-Jahren steht, artikuliert eine post-politische Politik, die auf menschliche Verbundenheit und persönliche Veränderung abzielt. Diese Politik ist zwar in der Neuen Linken verwurzelt, reflektiert aber nicht so sehr deren Ursprünge, sondern naturalisiert deren fragwürdigste Merkmale. Breines zufolge lag der Erfolg der Neuen Linken darin, dass sie den „Wunsch der Menschen nach Verbundenheit, sinnvollen persönlichen Beziehungen und direkter Beteiligung [an der Entscheidungsfindung]“ befriedigte.³⁷ Es handelt sich um eine Politik der Form, eine Politik, die versucht, formale Arten und Weisen der Interaktion und Entscheidungsfindung zu verändern, während sie ihrem Inhalt, dem Austausch von Arbeit, wenig Aufmerksamkeit schenkt. Das Ziel der präfigurativen Politik ist es, Gemeinschaft zu schaffen. Folglich ist das Erfolgskriterium der präfigurativen Politik nicht streng genommen politisch, sondern sozial. Dass es der Neuen Linken nicht gelungen ist, das politische System in seiner jetzigen Form partizipativer zu gestalten, gilt als unwichtig. Was als wichtig angesehen wird, ist, dass sie ihren Teilnehmern einen Einblick in eine *mögliche* Gesellschaft bot und es ihnen ermöglichte, in diesem Prozess sinnvolle Verbindungen zu knüpfen. Breines argumentiert, dass die Neue Linke politischen Erfolg neu definiert hat. Sie fordert uns auf, „die Neue Linke mit ihren Augen zu sehen, mit Augen, die bestimmte Vorstellungen von Politik nicht akzeptierten“.³⁸ Dreiðig Jahre später kann man dasselbe über Occupy sagen. Marisa Holmes, eine der wichtigsten Organisatorinnen der Bewegung, schreibt, dass die Kritik an Occupy „oft auf Erfolgsmaßstäben beruht, die nie geteilt wurden. O[ccupy] W[all] S[treet] hat keine großen Reformen erreicht, keine politischen Ämter gewonnen oder die Regierung gestürzt – all das ist wahr. Aber [...] OWS war ein Erfolg auf seine eigene Art“.³⁹

Breines Darstellung der Neuen Linken ist weniger von den 1960er- als vielmehr von den 1980er-Jahren geprägt. Die Bewegung der gewaltfreien direkten Aktion der 1980er-Jahre ist stark kultur- und lebensstiliorientiert, organisiert sich ausschließlich zu einzelnen Themen, misstraut jeder Form von Autorität und gehört überwiegend der Mittelschicht an. Zusätzlich zu den Experimenten der Neuen Linken mit flacher Hierarchie und partizipatorischer Demokratie ist sie von einer bestimmten Art von Anarchismus, Feminismus und

verschiedenen Formen der Spiritualität (Quäkertum, Heidentum, New Age) inspiriert. Ein Beispiel für die gewaltfreie direkte Aktion ist die Anti-Atomkraft-Bewegung, die durch die Eskalation des Kalten Kriegs in den Reagan- und Thatcher-Jahren ausgelöst wurde und zu einer Reihe von Besetzungen und Blockaden von Atomanlagen führte. In den Jahren 1982 und 1983 versuchten Aktivisten beispielsweise, eine Kernwaffenforschungseinrichtung außerhalb von Oakland, Kalifornien (das UC Lawrence Livermore Laboratory), zu schließen, und 1981 marschierte eine Gruppe von Frauen auf den Royal Air Force-Luftwaffenstützpunkt Greenham Common, um gegen die Entscheidung zu protestieren, dort amerikanische Atomwaffen zu stationieren. Sie errichteten ein „Frauen-Friedenscamp“ als Symbol des Widerstands gegen die ihrer Meinung nach „von Männern beherrschte Welt der Atomwaffen“.⁴⁰

Die Bewegung der direkten Aktion verfolgt zwei Ziele. Erstens, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein Thema zu lenken. Zweitens, sich selbst zu reproduzieren, d.h. eine Bewegung zu schaffen, die sich zu weiteren direkten Aktionen verpflichtet. Das zweite Ziel wird durch die Schaffung eines Gemeinschaftsgefühls erreicht. Barbara Epstein stellt fest: „Alle charakteristischen Merkmale der Bewegung für direkte Aktionen – die Konzentration auf zivilen Ungehorsam, der Konsensprozess, der nicht-hierarchische Organisationsstil – zielen darauf ab, eine enge Gemeinschaft zu schaffen.“⁴¹ Was als „die Bewegung“ bezeichnet wird, ist im Wesentlichen eine Gruppe von Freunden. Dies ist eine ihrer größten Schwächen. Da „die Bewegung“ durch persönliche Bindungen zusammengehalten wird, kann es zu plötzlichen Brüchen kommen, wenn sich die Leute zerstreiten oder den Kontakt verlieren. Lehren, die man hätte ziehen können, werden nicht gezogen, und bei der nächsten Runde von Aktionen werden die gleichen Fehler gemacht.⁴² Brooke Lehman, eine Aktivistin bei den Anti-WTO-Protesten in Seattle, beklagte, dass Occupy es versäumt habe, wertvolle Lehren aus der Anti-Globalisierungsbewegung zu ziehen. Dies ist jedoch unvermeidlich, wenn die Notwendigkeit einer formalen Organisation abgelehnt wird. Es besteht eine grundlegende Spannung zwischen dem Wunsch nach einer präfigurativen Gemeinschaft und der Notwendigkeit von Organisationsformen, die den hierarchischen und disziplinierten Organen des Staates entgegengetreten können.

Die direkte Aktionsbewegung ist davon überzeugt, dass das Protestcamp oder die Gemeinschaft eine Alternative präfiguriert. Man könnte sagen, dass sie ein Problem aufgreifen und es innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft performativ lösen. „Seht her“, scheinen die Demonstranten zu sagen, „wir haben ein Modell für eine bessere Gesellschaft geschaffen“. Aber was für eine Gesellschaft stellen sie sich vor? Eine Gesellschaft ohne klare und Verantwortung tragende Führung, in der man nur sich selbst und einer Gruppe von Gleichgesinnten Rechenschaft schuldig ist, in der es wenig Kommunikation über

Zugehörigkeitsgruppen hinweg gibt, in der Protest ein Ausdruck persönlicher Identität ist, in der die Gesellschaft auf den Status einer Gemeinschaft zurückgestuft wird – all diese Merkmale weisen auf den Neoliberalismus zurück: die „Obsoleszenz“ der Gesellschaft und die „Befreiung“ der individuellen Identität.

DER FORMALISMUS PRÄFIGURATIVER POLITIK

Wenn wir uns die Geschichte der Bewegung der direkten Aktion anschauen, sehen wir, dass die Methoden der direkten Demokratie und der antiautoritären Organisation im Rahmen einer bestimmten Aktion angewendet werden. Das Ziel – das von der Besetzung einer Baustelle bis zur Blockade einer Straße alles sein kann – wird im Voraus festgelegt. Die direkte Demokratie ist ein Mittel zum Zweck, d.h. ein Mittel zur Koordinierung einer Aktion. Sie ist aber auch insofern ein Selbstzweck, als sie egalitäre soziale Beziehungen präfiguriert. Da die Aktion fast immer scheitert, liegt der Schwerpunkt auf dem präfigurativen Aspekt. Bei Occupy war dies mehr denn je der Fall. Occupy hat weder ein Kraftwerk noch eine WTO-Tagung lahmgelegt. Die Besetzung von Parks und Plätzen diente keinem anderen konkreten Zweck als dem, die Unzufriedenheit der Demonstranten zu registrieren. In diesem Sinne brachte Occupy alle Widersprüche der Bewegung der direkten Aktion in gesteigerter Form zum Vorschein, insbesondere ihren ausschließlich formalistischen Charakter.

Präfigurative Politik kritisiert, dass der Staat hierarchisch von oben nach unten eingerichtet und zentralisiert ist. Dem setzt sie ein System entgegen, das von unten nach oben, partizipativ und dezentralisiert ist. Das Problem der Politik ist aus dieser Sicht, dass sie eine breite Beteiligung an der Entscheidungsfindung verhindert. Aus marxistischer Sicht ist jedoch nicht die Regierungsform das Problem, sondern der Selbstwiderspruch der gesellschaftlichen Verhältnisse, der den Staat notwendig macht. Das Problem des Staates besteht nicht darin, dass er nicht ausreichend integrativ oder partizipativ ist, sondern dass er Ausdruck eines realen gesellschaftlichen Widerspruchs ist. In *Was ist revolutionäre Führung?* kritisierte Cliff Slaughter diese Tendenz zum Formalismus in der libertären Linken, die in der Bürokratie den Hauptfeind der Gesellschaft sah. Slaughter kontexte:

Es sind nicht bürokratische oder autoritätshörige Individuen, die das Leben der Menschen beherrschen [...], sondern die Macht des Kapitals [...] Unser Ziel ist nicht die abstrakte ‚Aufhebung der Unterscheidung zwischen Befehlsgebern und Befehlsempfängern‘, sondern der politische Umsturz der [kapitalistischen] Klasse.⁴⁴

Die präfigurative Politik befasst sich mit der Form sozialer Interaktionen, ignoriert aber deren Inhalt, d.h. den Selbstwiderspruch des Austauschs von Arbeit.

Aufgrund ihres Formalismus ist der Anti-Etatismus der präfigurativen Politik nur oberflächlich. Sobald der Staat anfällig für Veränderungen zu sein scheint, versöhnen sich die Aktivisten mit ihm. Das erklärt, warum die Occupy-Besetzer ihre Prinzipien so leicht aufgaben. Nachdem sie aus ihren Lagern vertrieben worden waren, wandten sie sich der elektoralen Politik zu und taten all das, was sie theoretisch abgelehnt hatten. David Graeber, der geschrieben hatte, dass „progressiver Wandel nicht durch Wahlen möglich ist“, stellte sich hinter Jeremy Corbys Kandidatur für die Labour-Partei-führung.⁴⁵ In den Vereinigten Staaten schlossen sich viele Occupy-Mitglieder dem Senator Bernie Sanders an, der „die Interessen der 99% in den Vordergrund stellte“.⁴⁶ Als es ihnen nicht gelang, innerhalb der kapitalistischen Parteien, in die sie opportunistisch eintraten, greifbare Ergebnisse zu erzielen, kehrten die Occupy-Mitglieder auf die Straße zurück. Winnie Wong, eine ehemalige Occupy-Aktivistin, die daran scheiterte, Sanders zum Sieg zu führen, behauptete: „Es ging nie darum, Bernie Sanders zu wählen [...]. Es ging darum, eine Bewegung zu schaffen“.⁴⁷ Dabei wird übersehen, dass „die ‚Bewegung‘ immer nur als eine Drucktaktik auf gewählte Amtsträger verstanden wird“.⁴⁸ Wahlkampagnen und Bewegungsaufbau sind einfach zwei Seiten derselben Medaille, komplementäre Werkzeuge im Werkzeugkasten des Aktivisten. Wir haben uns von der dialektischen Wechselwirkung zwischen sozialer und politischer Aktion (im Dienste der Überwindung des Kapitalismus), wie sie der Marxismus vorsieht, zur Antinomie von *Bewegung* und *Elektoralismus* (als bloße Drucktaktik auf gewählte Amtsträger) zurückentwickelt. Solange dieser Widerspruch nicht kritisch aufgearbeitet wird, wird die Linke weiterhin zwischen diesen Polen pendeln. **IP**

Der vorliegende Text wurde als Teach-In auf der V. Platypus European Conference am 10. September 2022 an der Universität Wien auf Englisch vorgetragen. Er wurde von Johannes Kämper ins Deutsche übersetzt. J. A. Koster ist Mitglied der Platypus Affiliated Society. Das TeachIn einschließlich der darauffolgenden Diskussion kann hier angesehen werden: <https://www.youtube.com/watch?v=y9ahlk7O5ds>.

- 1 Mark Fisher: *Capitalist Realism: Is There No Alternative?*. Winchester 2015. [Alle Zitate wurden eigenständig ins Deutsche übersetzt].
- 2 Ebd.
- 3 Mark Bray: *Translating Anarchy: the Anarchism of Occupy Wall Street* (epub). Winchester 2013; David Graeber: *The Democracy Project: A History, a Crisis, a Movement* (epub). New York 2013.
- 4 Anna Feigenbaum, Fabian Frenzel und Patrick Mc Curdy: *Protest Camps*. London 2013.
- 5 Stéphane M. Grueso: 15M "Excelente. Revulsivo. Importante". Online abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=Z5fsxKIMDNU&ab_

- channel=proyecto15Mcc ; Julia Ramírez Blanco: Artistic Utopias of Revolt: Claremont Road, Reclaim the Streets, and the City of Sol. London 2018.
- 6 15M: Acampada Sol. 2022. Online abrufbar unter: https://15mpedia.org/wiki/Acampada_Sol.
- 7 Karen Matthews: „Wall Street Protests Function Like a Small City“, Associated Press (7. Oktober 2011). Online abrufbar unter: http://archive.boston.com/news/nation/articles/2011/10/07/wall_street_protest_functions_like_a_small_city/.
- 8 NYC General Assembly: „Declaration of the Occupation of New York City“ (29. September 2011). Online abrufbar unter: <http://uucsj.org/wpcontent/uploads/2016/05/DeclarationoftheOccupationofNewYorkCity.pdf>.
- 9 Grueso: 15M “Excelente. Revulsivo. Importante”, 47:00.
- 10 ©DavidShankbonecreatorQS:P170,Q12899557 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Occupy_Wall_Street_Crowd_Size_2011_Shankbone.JPG), „Occupy Wall Street Crowd Size 2011 Shankbone“, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode>
- 11 David Graeber: The Democracy Project: A History, a Crisis, a Movement. London 2014, S. 39.
- 12 Michael A. GouldWartofsky: The Occupiers: The Making of the 99 Percent Movement. Oxford 2015.
- 13 Zitiert in GouldWartofsky: The Occupiers: The Making of the 99 Percent Movement, S. 8.
- 14 Zitiert in Bray: Translating Anarchy: the Anarchism of Occupy Wall Street, S. 92.
- 15 GouldWartofsky: The Occupiers: The Making of the 99 Percent Movement, S. 218.
- 16 Ebd.
- 17 GerdRainer Horn: The Spirit of ‘68: Rebellion in Western Europe and North America, 1956–1976. Oxford 2007.
- 18 Wini Breines: „Community and Organization: the New Left and Michels’ Iron Law“, Social Problems, Nr. 27 (Jg. 4, 1980), S. 419–29.
- 19 Students for a Democratic Society (SDS): „Port Huron Statement“ (15. Juni 1962). Online abrufbar unter: <https://history.hanover.edu/courses/excerpts/111huron.html>.
- 20 Wini Breines: Community and Organization in the New Left, 19621968: The Great Refusal. New York 1982.
- 21 Ebd.
- 22 Richard Rothstein: „A Short History of ERAP“, SDS Bulletin, Nr. 4 (Jg. 2, 1965), S. 40–44. Online abrufbar unter: <https://www.jstor.org/stable/community.28044413>.
- 23 zitiert in Breines: Community and Organization in the New Left, 19621968: The Great Refusal, S. 63.
- 24 Ebd., S. 93.
- 25 Carl Boggs: „Revolutionary Process, Political Strategy, and the Dilemma of Power“, Theory and Society, Nr. 4 (Jg. 3, 1977), S. 359–93.
- 26 Chris Cutrone: „Redeeming the 20th Century: Statism and Anarchy Today“, Platypus Review, Nr. 116 (Mai 2019). Online abrufbar unter: <https://platypus1917.org/2019/05/01/redeemingthe20thcenturystatismandanarchytoday>.
- 27 Carl Boggs: „Marxism, Prefigurative Communism, and the Problem of Workers’ Control“, Radical America, Nr. 11 (Jg. 6, 1977), S. 99–122, (Hervorh. d. Verf.).
- 28 Ebd., S. 115.
- 29 Barbara Epstein: „The Politics of Prefigurative Community: The NonViolent Direct Action Movement“, in: Reshaping the US Left: Popular Struggles in the 1980s, Hrsg. Mike Davis und Michael Sprinkler, London 1988, S. 6392.
- 30 Boggs: „Marxism, Prefigurative Communism, and the Problem of Workers’ Control“, S. 119.
- 31 Spencer Leonard: „Through the lens of the national liberation struggle: An Interview with Carl Davidson“, Platypus Review, Nr. 117 (Juni 2019). Online abrufbar unter: <https://platypus1917.org/2019/06/01/through-the-lens-of-the-national-liberation-struggle-an-interview-with-carl-davidson/>.
- 32 zitiert in Breines: Community and Organization in the New Left, 19621968: The Great Refusal, S. 30.
- 33 Breines: „Community and Organization: the New Left and Michels’ Iron Law“, S. 421.
- 34 Ebd.
- 35 Breines: Community and Organization in the New Left, 19621968: The Great Refusal, S. 7.
- 36 Breines: „Community and Organization: the New Left and Michels’ Iron Law“, S. 423.
- 37 Breines: Community and Organization in the New Left, 19621968: The Great Refusal, S. 7.
- 38 Ebd., S. 420.
- 39 Marisa Holmes: „David Graeber’s Real Contribution to Occupy Wall Street Wasn’t a Phrase—It Was a Process“, Novara Media (4. September 2021). Online abrufbar unter: <https://novaramedia.com/2021/09/04/david-graebers-real-contribution-to-occupy-wall-street-wasnt-a-phrase-it-was-a-process/>.
- 40 Campaign for Nuclear Disarmament UK (CNDUK): „The History of CND“. Online abrufbar unter: <https://cnduk.org/who/thehistoryofcnd>.
- 41 Epstein: „The Politics of Prefigurative Community: The NonViolent Direct Action Movement“, S. 88.
- 42 Ebd., S. 90.
- 43 © Seattle Municipal Archives from Seattle, WA ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:WTO_protesters_on_7th_Avenue,_1999_\(37326739756\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:WTO_protesters_on_7th_Avenue,_1999_(37326739756).jpg)), „WTO protesters on 7th Avenue, 1999 (37326739756)“
- 44 Cliff Slaughter: 1960. „What Is Revolutionary Leadership?“, Labour Review, Nr. 5 (Jg. 3, 1960), S. 9396; 105111. Online abrufbar unter: <https://www.marxists.org/history/etol/writers/slaughter/1960/10/leadership.html>.
- 45 Graeber: The Democracy Project: A History, a Crisis, a Movement, S. 79.
- 46 Facebook Seite von People for Bernie Sanders, 16. Februar 2022.
- 47 Jesse Myerson: „Occupy Didn’t Just ‘Change the Conversation.’ It Laid the Foundation for a New Era of Radical Protest“, In These Times (17. September 2016). Online abrufbar unter: <https://inthesetimes.com/features/occupy-legacy-five-year-anniversary-mayday.html>.
- 48 Cutrone: „Redeeming the 20th Century: Statism and Anarchy Today“.

ZIELSETZUNG DER PLATYPUS REVIEW

Überblickt man das Universum der verschiedenen Positionen und Ziele, die linke Politik heute ausmachen, so wird man den beunruhigenden Verdacht nicht los, dass sich hinter der scheinbaren Vielfalt eine grundlegende Gemeinsamkeit verbirgt: Was heute existiert, wurde auf den Trümmern dessen errichtet, was einst möglich war.

Zum Verständnis unserer Gegenwart erachten wir es für notwendig, die unüberschaubare Anhäufung von Positionen zu entwirren, um ihre Bedeutung für eine mögliche Rekonstitution emanzipatorischer Politik in der Gegenwart zu erkennen. Dafür ist es nötig zu überdenken, was eigentlich mit dem Begriff der Linken gemeint ist.

Unsere Aufgabe beginnt dort, wo wir eine grundsätzliche Desillusionierung des gegenwärtigen Zustands progressiver Politik wahrnehmen. Wir denken, dass sich diese Ernüchterung nicht einfach durch puren Willen abschütteln lässt - durch ein einfaches „Weiter so!“. Sie muss stattdessen explizit angesprochen werden und selbst als ein Objekt der Kritik zugänglich gemacht werden. Daher beginnen wir mit dem, was uns unmittelbar entgegentritt.

Die Platypus Review wird von der Einsicht motiviert, dass die Linke orientierungslos ist. Wir möchten ein Forum für ein weites Spektrum an Strömungen und Ansätzen innerhalb der Linken bieten - nicht, weil wir Inklusion und Pluralität als Selbstzweck ansehen, sondern weil wir Uneinigkeit provozieren und gemeinsame Ziele als Orte der Auseinandersetzung eröffnen wollen. Auf diesem Weg könnten die aus den alten politischen Auseinandersetzungen resultierenden Anschuldigungen zum Zweck der Klärung des Objekts linker Kritik fruchtbar gemacht werden.

Die Platypus Review setzt sich zum Ziel, eine Plattform zu schaffen und zu erhalten, die eine Erforschung und Klärung von Positionen und Orientierungen, die heute innerhalb der Linken vertreten werden, möglich macht; einen Ort, an dem Fragen aufgeworfen und Diskussionen verfolgt werden können, die ansonsten nicht stattfinden würden. Solange die Beiträge eine ehrliche Bereitschaft für dieses Projekt zeigen, werden sie in unserer Diskussion berücksichtigt.

gefördert von:
VERSO
Die Studierendenorganisation
der ZhdK

PLATYPUS IM DEUTSCHSPRACHIGEN RAUM*



Weitere Infos zu den
Chaptern gibt es auf:



- **MITARBEITERINNEN
UND MITARBEITER**
- **Chefredakteur**
- Tobias Rochlitz
- **Korrektorinnen und
Korrektoren**
- Jim Igor Kallenberg
- Thuy Linh Pham
- Florian Piffel
- Jonas Reiber
- **Designer**
- Max Hörügel
- Jakob Trescher
- **Web-Editor**
- Lucas Burisch
- **Social Media Editor**
- Jonas Reiber
- **Versand**
- David Ewert

In deiner Stadt gibt es noch keine Platypus-Aktivitäten? Du interessierst dich für unsere Lesekreise und Veranstaltungen in anderen Ländern? Du möchtest aus einem anderen Grund mit uns in Kontakt treten? Kein Problem, schreibe uns einfach eine E-Mail an platypusvirtual@gmail.com und wir setzen uns mit dir in Verbindung!

Richtlinien zur Einsendung von Beiträgen

Artikel in der Platypus Review haben normalerweise eine Länge von 5000-40.000 Zeichen (mit Leerzeichen), längere Beiträge können auch berücksichtigt werden. Für entsprechende Anfragen und Beiträge bitte eine Email an die.platypus.review@gmail.com senden.